

## **N I E D E R S C H R I F T**

### **über die 33. Sitzung des Rates**

vom:	<b>27.11.2002</b>
von:	<b>16:00 Uhr</b>
bis:	<b>18:09 Uhr</b>
Ort:	<b>Rathaus Geisweid, Großer Sitzungssaal</b>

#### **Anwesend waren:**

##### I. Vom Rat:

BM Stötzel, Ulf - als Vorsitzender -  
Stv Al-Omary, Falk  
Stv Bertelmann, Hans-Günter  
Stv Boller, Joachim  
Stv Daus, Anny  
Stv Dittert, Katrin  
1. stellv. BM Dreisbach, Jürgen  
Stv Eberlein, Klaus-Peter  
Stv Elter, Uwe  
Stv Flohren, Angelika  
Stv Fries, Traute  
Stv Gaden, Helga  
Stv Gelber, Gunther  
Stv Gerlach, Heinrich  
Stv Gierlich, Michael  
Stv Glaamann, Herta  
Stv Groß, Michael  
Stv Heupel, Rüdiger  
Stv Prof. Dr. Holzäpfel, Heinz  
Stv Höpfner-Diezemann, Ute  
Stv Jacob, Martin  
Stv Katz, Reinhilde  
Stv Kirchhöfer, Karl Wilhelm  
Stv Klöpperpieper, Rolf  
2. stellv. BM Köhl, Siegfried  
Stv Krombach, Ulrich  
Stv Lauble, Wilhelm

Stv Moll, Ilona  
Stv Morgenschweis, Thomas  
Stv Mues, Gunter  
Stv Mues, Steffen  
Stv Müller, Heinz  
Stv Müller, Manfred  
Stv Nauck, Gerda  
Stv Neubauer, Hans Peter  
Stv Otto, Günter  
Stv Panthöfer, Ulrich  
Stv Reitz, Manfred  
Stv Rothenpieler, Wilhelm  
Stv Rujanski, Detlef  
Stv Schiemer, Hansgeorg  
Stv Schleifenbaum, Dorothea  
Stv Schmidt, André  
Stv Schneider, Manfred  
Stv Schulte, Werner  
Stv Schulze, Werner  
Stv Schwarz-Schumann, Helga  
Stv Siebel, Helmut  
Stv Sintzen, Gerlinde  
Stv Sonntag, Hartmut  
Stv Stahl, Markus  
Stv Steuber, Burkhard  
Stv Dr. Stötzel, Wolfgang  
Stv Strunk, Christine  
Stv Tielsch, Ingrid Karin  
Stv Walter, Klaus-Volker  
Stv Wolf, Marianne  
Stv Wunderlich, Horst  
Stv Zips, Joachim

## II. Von der Verwaltung:

StK Baumeister  
StR Dr. Rohr  
StBR Brune  
Städt. VD Kühn  
Städt. VD Lehmann - bis 17.10 Uhr, während TOP 5 ö. T. -  
VA Röcher  
Gleichstellungsbeauftragte Dellori - bis 17.15 Uhr, während TOP 8 ö. T. -  
VA Schneider  
Städt. VR Scholze  
Verwaltungsreferendar Meinhardt  
StOI Schöler - als Schriftführer -

**Zur Tagesordnung:**

Die Tagesordnung wird im öffentlichen Teil um die Punkte 3.4 bis 3.6 und um Punkt 15.2 erweitert.

**A. ÖFFENTLICHE SITZUNG****1. Bestimmung eines Ratsmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift (UWG)**

Zur Mitunterzeichnung der Niederschrift wird Herr Siebel bestimmt.

**33. Rat 27.11.2002**

**2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 30.10.2002**

Herr Schmidt bittet, unter TOP 8 zu ergänzen, dass Herr Brune auf seine Frage hin zugesichert hat, die Anregung der Anwohner selbstverständlich aufzunehmen, wonach der Straßenausbau erst dann vorzunehmen ist, wenn die private Bautätigkeit beginnt.

Unter Berücksichtigung dieser Ergänzung wird die Niederschrift bei Stimmenthaltungen (wegen Nichtanwesenheit) genehmigt.

**33. Rat 27.11.2002**

**3. Fragestunde****3.1. Stellenbesetzung in der laufenden Ratsperiode**

Anfrage des Stv Morgenschweis vom 28.10.2002

Die Antwort von Herrn Lehmann ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

**33. Rat 27.11.2002**

**3.2. Veranschlagung der Kreisumlage sowie Einnahmeprognosen im städtischen Haushalt**

Anfrage des Stv Morgenschweis vom 04.11.2002

Auf Seite 211 des allen Stadtverordneten zur Verfügung gestellten Haushaltsplanes der Stadt Siegen für das Jahr 2002 ist nachzulesen, dass der Ausgabeansatz für die Kreisumlage in diesem Jahr mit 31.360.000,00 € veranschlagt ist, so Herr Baumeis-

ter. Für 2003 ist aus derzeitiger Sicht ein in etwa gleichhoher Betrag aufzuwenden. Mit den bisher und künftig sowohl dem Haupt- und Finanzausschuss als auch dem Rat quartalsweise vorgelegten bzw. vorzulegenden Haushaltsvollzugsberichten kommt die Verwaltung dem Wunsch von Herrn Morgenschweis nach regelmäßiger Information über zu erwartende Einnahmen bereits nach.

**33. Rat 27.11.2002**

### **3.3. Erhebung von Niederschlagswassergebühren**

Anfrage des Stv Morgenschweis vom 04.11.2002

Die Antwort von Herrn Baumeister ist der Niederschrift als Anlage beigelegt. Auf Nachfrage von Herrn Morgenschweis führt er aus, dass die Regenwasserableitung von Gebäuden der Bundes- und Landesbehörden und des Kreises ebenso veranlagt wird, wie die von privaten Flächen.

**33. Rat 27.11.2002**

### **3.4. Verteilung der Landesmittel zur Förderung der kommunalen Zusammenarbeit (GFG-Mittel)**

Anfrage des Stv Morgenschweis vom 13.11.2002

Die Antwort von Herrn Scholze ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

**33. Rat 27.11.2002**

### **3.5. Müll- bzw. Wertstoffsortieranlage in der Fludersbach**

Anfrage des Stv Morgenschweis vom 13.11.2002

Herr Brune teilt mit, dass die seit 1998 zwischen dem Kreis Siegen-Wittgenstein und der Firma Kölsch GmbH bestehende vertragliche Vereinbarung über die Anpachtung einer Teilfläche des Deponiegeländes erstmals zum 31.12.2006 mit einer Kündigungsfrist von 6 Monaten kündbar ist.

In den Fachausschüssen und im Rat der Stadt Siegen wurde der Kreis bereits zu Beginn dieses Jahres aufgefordert, alternative Zuwegungen zur Deponie zu prüfen. Stadt- und Kreisverwaltung befinden sich in dieser Frage in engem Kontakt. Neben den beiden bisher der Prüfung unterzogenen Zufahrtsmöglichkeiten über die B 54 (Eremitage) und über die „Faule Birke“ (Autobahnzubringer) wird als dritte Möglichkeit eine Zufahrt über die Leimbachstraße (Zufahrt zur Inertstoff-Deponie) untersucht. Verhandlungen, insbesondere mit Wald- bzw. Haubergsgenossenschaften, bezüglich in Anspruch zu nehmender Grundstücksflächen werden derzeit geführt.

Parallel erfolgt die Prüfung eines alternativen Standortes für eine Müllumlagestation

durch den Kreis.

Die Verwaltung wird im Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie zur Sitzung am 12.12.2002 eine Vorlage zum derzeitigen Sachstand präsentieren.

**33. Rat 27.11.2002**

### **3.6. „US-Cross-Border-Leasing“**

Anfrage des Stv Morgenschweis vom 14.11.2002

Die Antwort von Herrn Baumeister ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

**33. Rat 27.11.2002**

## **4. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung**

### **4.1. Einrichtung einer Stadtwacht**

Antrag der CDU-Fraktion vom 11.11.2002

Herr Dreisbach erläutert den Antrag und zeigt auf, dass mittels einer Stadtwacht dem Sicherheitsbedürfnis der Bürger in der Stadt nachgekommen und Sauberkeit und Ordnung verbessert werden kann und somit der Nährboden für Kriminalität entzogen wird. Das subjektive Sicherheitsempfinden, insbesondere älterer Mitbürgerinnen und Mitbürger, ist in Siegen nachhaltig gestört. Treffpunkte bestimmter Bevölkerungsgruppen wie Obdachloser und Alkoholiker stören eine angenehme Atmosphäre, eine Stadtwacht könnte hier zumindest für eine Verlagerung aus dem unmittelbaren Zentrum eintreten.

Der Polizei steht zu wenig Personal zur Verfügung, die angesprochenen Handlungsfelder zufriedenstellend abzudecken.

Herr Bertelmann macht darauf aufmerksam, dass der Rat in seiner Sitzung am 25.09.2002 den Antrag der UWG-Fraktion vom 21.08.2002, der dem Wortlaut unter Buchstabe a) des CDU-Antrages inhaltlich sehr nahekommt, mehrheitlich beschlossen hat. Ein diesbezüglicher Auftrag an die Verwaltung ist demnach bereits erteilt, eine Abstimmung über den unter a) genannten Beschlussvorschlag könnte demnach nur additiv zu dem o. g. Beschluss gesehen werden. Eine Vorlage zu dem Beschluss über den Antrag seiner Fraktion erwartet er innerhalb des kommenden halben Jahres. Ein Handlungskonzept sollte für das *gesamte* Stadtgebiet entwickelt werden, es sind u. a. auch Brennpunkte in Eisfeld, der Oberstadt und der Dreisbach zu berücksichtigen.

Dem unter Buchstabe b) unterbreiteten Teil des Beschlussvorschlages kann er sich nicht anschließen, da die Rechtmäßigkeit einer Betrauung ehrenamtlicher Kräfte mit hoheitlichen Aufgaben, auch aus ordnungsrechtlicher Perspektive, äußerst zweifelhaft ist.

Frau Strunk erklärt, dass nicht nur Obdachlose und Alkoholiker zu problematischen Bevölkerungsgruppen gezählt werden sollten, sondern vielmehr auch gutsituierte Bürgerinnen und Bürger, die sogenannte Kavaliersdelikte begehen. Neben der Polizei ist eine zweite Ordnungsmacht in Siegen nicht erforderlich, zumal Siegen kein „heißes Pflaster“ darstellt. Ggf. ist das Polizeipersonal zu verstärken, um an den bekannten Problemzonen mehr Präsenz zeigen zu können. Ob ABM-Kräfte oder Ehrenamtliche dermaßen geschult werden können, auf Eskalationen richtig zu reagieren, ist äußerst zweifelhaft. Viele Fragen bezüglich des Tätigkeitsfeldes einer Stadtwacht sind offen, so ist z. B. der Begriff „Fehlverhalten“ (s. I, Ziff. 1 des Antrages) zu definieren. Umweltsünden stärker zu überwachen ist sinnvoll, da sich mit zusätzlichen Einnahmen in Form von Ordnungsgeldern Personalkosten refinanzieren, aber auch diesbezüglich muss die ordnungsrechtliche Unbedenklichkeit gewährleistet sein. Dem vorliegenden Antrag kann sie nicht zustimmen.

Herr Baumeister verweist auf die seines Erachtens zwischenzeitlich gut funktionierende Ordnungspartnerschaft zwischen Stadt Siegen und Polizei. Er stellt klar, dass die Wahrnehmung hoheitlicher Aufgaben nur durch reguläre Dienstkräfte erfolgen kann. Für die Erzielung weiterer spürbarer und wirksamer Verbesserungen ist zusätzliches Personal zu beschäftigen. Vor dem Hintergrund der dramatischen Haushaltssituation kann eine Ausweitung der Personalkosten nicht hingenommen werden. Er empfiehlt, der Verwaltung einen Prüfauftrag bezüglich Ziffer a) des von der CDU-Fraktion unterbreiteten Beschlussvorschlages zu erteilen und die Gesamtproblematik im Rahmen einer Vorlage aufzuarbeiten. Wegen schlechter praktischer Umsetzbarkeit sollte auf einen der Ziffer b) folgenden Beschluss verzichtet werden.

Herr Morgenschweis erhebt die Empfehlung von Herrn Baumeister zum Antrag. Er regt an, nach internationalem Vorbild eine Vermietung bzw. Verpachtung von Straßenzügen in die Überlegungen einzubeziehen.

Der Buchstabe a) des Beschlussvorschlages wird von der FDP-Fraktion als sinnvoll erachtet, zu Punkt b) wird seine Fraktion aufgrund der Problematik „Vereinbarkeit von Ehrenamtlichkeit und Wahrnehmung hoheitlicher Aufgaben“ unterschiedlich abstimmen, so Herr Walter.

Die Lebensqualität innerhalb der Stadt Siegen bewertet Herr Kirchhöfer weder hinsichtlich der Sicherheit noch bezüglich der Sauberkeit als negativ. Problemen kann mit uniformierten Ehrenamtlichen oder ABM-Kräften nicht wirksam begegnet werden. Die im Antrag genannten Tätigkeitsfelder fallen allein in den Zuständigkeitsbereich der Polizei. Er fordert, der Empfehlung von Herrn Baumeister zu folgen, da der Antrag nicht entscheidungsreif ist.

Die Ordnungspartnerschaft zwischen Stadt Siegen und Polizei funktioniert nach Meinung von Herrn Dreisbach nicht so komplikationslos, wie vom Kämmerer dargestellt.

Herr Bürgermeister Stötzel vertritt die Auffassung, dass das Grundanliegen des Antrages berechtigt ist. Zu klären ist, mit welchen Mitteln die angesprochenen Ziele erreicht werden können.

Frau Flohren legt dar, dass sich in der vergangenen Zeit eine gute Präsenz von Polizeistreifen im Stadtgebiet entwickelt hat. Das Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger wurde wirksam gestärkt. Teilnehmer an „Arbeit statt Sozialhilfe“-Projekten in eine Stadtwacht zu integrieren erachtet sie als problematisch, da die Zielsetzung der o. g. Projekte eine Vermittlung der Adressaten in den ersten Arbeitsmarkt ist.

Die Kriminalitäts- und Vandalismusrate ist in Siegen nicht übermäßig hoch, so Herr Groß. Er sieht weder Handlungsbedarf im Sinne des Antrages noch die Notwendigkeit der Erteilung eines Prüfauftrages. Der Antrag schürt Verunsicherung, indem er einen Negativzustand suggeriert, der nicht den Tatsachen entspricht. Bevölkerungsgruppenspezifische Probleme sollten nicht mit ordnungsrechtlichen Maßnahmen bekämpft, sondern im präventiven Bereich angegangen werden. Sollte entgegen seinem Wunsch dennoch der von Herrn Baumeister empfohlene Prüfauftrag erteilt werden, so fordert er, eine offizielle Stellungnahme der Polizei zur Situationseinschätzung und zum Bedarf einzuholen.

Herr Köhl führt aus, dass die Anzahl der Delikte mit einer Stadtwacht nicht reduziert werden kann. Bezüglich wünschenswerter Präventionsmaßnahmen schließt er sich dem Wortbeitrag seines Vorredners an.

#### **Beschluss (auf Antrag von Herrn Morgenschweis):**

Der Rat der Stadt Siegen beauftragt die Verwaltung, die Möglichkeit der Einrichtung einer Stadtwacht, bestehend aus zunächst fünf Beschäftigten im Rahmen einer ABM-Maßnahme oder des Projektes Arbeit statt Sozialhilfe, umfassend zu überprüfen und die Gesamtproblematik mittels einer Vorlage aufzuarbeiten.

**Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür bei 19 Gegenstimmen**

**33. Rat 27.11.2002**

#### **5. Lokale Agenda 21 in Siegen hier: Leitbilder der Arbeitsgruppen**

Vorlagenr. 2318/2002 - Vorlage vom 25.10.2002

Herr Groß erinnert an die Zusage der Verwaltung im Haupt- und Finanzausschuss, ein Leitbild für die Agendaarbeit der Stadtverwaltung Siegen nachzuliefern.

Die Agendagruppen werden schlecht frequentiert und die Resultate sind spärlich, so Herr Al-Omary. Sollte sich dieser Zustand innerhalb von zwei Jahren nicht ändern, so sollte ein kompletter Ausstieg aus der Lokalen Agenda erfolgen.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Siegen nimmt die Leitbilder der Arbeitsgruppen der Lokalen Agenda 21 in Siegen zur Kenntnis.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**33. Rat 27.11.2002**

**6. Siegerlandmuseum im Oberen Schloss  
hier: Fortführung Kombiticket**

Vorlagenr. 2282/2002 - Vorlage vom 18.10.2002

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die dauerhafte Fortführung des Kombitickets für das Siegerlandmuseum im Oberen Schloss und das Museum für Gegenwartskunst. Die zur Zeit gültige Entgeltordnung für das Siegerlandmuseum im Oberen Schloss vom 19.12.2001 wird insoweit ergänzt.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**33. Rat 27.11.2002**

**7. Kenntnisnahme und Zustimmung zu den über- und außerplanmäßigen  
Ausgaben des III. Quartals 2002**

Vorlagenr. 2295/2002 - Vorlage vom 16.10.2002

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Siegen nimmt von den über- und außerplanmäßigen Ausgaben des III. Quartals des Haushaltsjahres 2002 Kenntnis, und zwar

im Verwaltungshaushalt (Anlage 1 zur Vorlage)	40.482,50 € und
im Vermögenshaushalt (Anlage 2 zur Vorlage)	299.342,72 €

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**33. Rat 27.11.2002**

**8. Satzung der Stadt Siegen über die Erhebung von Vergnügungssteuer  
aufgrund der Aufhebung des Vergnügungssteuergesetzes NRW**



Vorlagennr. 2306/2002 - Vorlage vom 24.10.2002

dazu: Ergänzungsvorlagennr. 2306/2002 A - Vorlage vom 18.11.2002

Herr Baumeister unterrichtet, dass aufgrund des Verwaltungsvorschlages zahlreiche Proteste vorgetragen wurden. Gegen die Anhebung der Vergnügungssteuer wendet sich vor allem der Verband der Automatenaufsteller. Gewinnorientierte Spielautomaten in Spielhallen würden dermaßen belastet, dass eine Gefährdung von Arbeitsplätzen in diesem Bereich nicht auszuschließen ist.

Die Arbeitsgemeinschaft Glückspielsucht argumentiert mit hohen, sozial unverträglichen Folgekosten der Spielsucht und spricht sich für eine noch stärkere Erhöhung der Vergnügungssteuer auf gewinnorientierte Spielautomaten aus, als vorgeschlagen.

Unter Abwägung aller der Verwaltung zugegangenen Informationen sollte der als ausgewogen zu bewertende Beschlussvorschlag unverändert bleiben.

Bei der Beurteilung der Sachlage sollte nach Meinung von Herrn Kirchhöfer weniger die fiskalische Bereicherung, sondern mehr die ordnungspolitische Seite gewichtet werden. Der unterbreitete Beschlussvorschlag ist ein vernünftiger Weg, Spielsucht wirkungsvoll zu bekämpfen.

Wenn durch eine höhere kostenmäßige Belastung der Spielhallen die Anzahl derer ggf. sogar reduziert werden kann und in Bebauungsplanverfahren die Entstehung zusätzlicher Spielhallen verhindert werden kann, so sollte dies zum Schutz Suchtgefährdeter, insbesondere der Jugendlichen, erfolgen, meint Herr Schneider.

Eine drastische Senkung der Anzahl an Spielautomaten ist wünschenswert, so Herr Krombach. Er wird den Beschlussvorschlag mittragen.

Herr Bertelmann ist der Auffassung, dass durch höhere Kosten eine Änderung im Suchtverhalten nicht erreicht werden kann und somit der ordnungspolitische Charakter der Erhöhung der Vergnügungssteuer äußerst fraglich erscheint. Im Sinne des Haushaltssicherungskonzeptes sind nicht nur Einnahmeerhöhungen, sondern auch Ausgabesenkungen in Betracht zu ziehen. Eine Steuererhöhung sollte nur dann beschlossen werden, wenn auf anderer Seite eine konsequente Kostenreduzierung angestrebt wird. Dies ist im vorliegenden Fall nicht gegeben, er wird der Vorlage nicht zustimmen.

Lenkungs- bzw. ordnungspolitische Auswirkungen einer Steuererhöhung stellt Herr Walter zumindest stark in Frage. Ein wirksames Suchtbekämpfungsmittel sieht er hierin nicht. Zu bedenken ist, dass letzten Endes der Personenkreis der Spielsüchtigen getroffen wird. Die FDP-Fraktion wird getrennt abstimmen.

Herr Schmidt macht geltend, dass sich das Suchtverhalten durch eine Steuererhöhung eher nicht beeinflussen lässt. Da Spielautomaten nicht der Deckung von Grundbedürfnissen des täglichen Lebens dienen, kann aber dennoch eine finanziell höhere Belastung erfolgen. Die Anzahl ggf. gefährdeter Arbeitsplätze fällt seines Erachtens nicht ins Gewicht.

In einer Erhöhung städtischer Einnahmen sieht Herr Mues Grund genug, die Vergnügungssteuer anzuheben. In diesem Zusammenhang die Suchtbekämpfung anzuführen, empfindet er als unehrliches „Hilfsargument“.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die Satzung der Stadt Siegen über die Erhebung von Vergnügungssteuer gemäß der Anlage 1 zu Vorlage 2306/2002 inklusive der in Vorlage 2306/2002 A dargestellten Ergänzung.

**Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür bei 7 Gegenstimmen und 6 Enthaltungen**

**33. Rat 27.11.2002**

9. **Erlass einer Veränderungssperre für das Gebiet des Bebauungsplanes Nr. 323 „Eiserfelder Straße“ im Stadtteil Eiserfeld;**  
**hier: 1. Auf § 31 GO wird hingewiesen**  
**2. Beschluss der Veränderungssperre gemäß § 16 Abs. 1 BauGB als Satzung**

Vorlagenr. 2163/2002 - Vorlage vom 21.08.2002

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt gemäß § 16 Abs. 1 BauGB die Veränderungssperre für das Gebiet des Bebauungsplanes Nr. 323 "Eiserfelder Straße" laut Anlage 2 zur Vorlage als Satzung.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**33. Rat 27.11.2002**

- 10. Satzung der Stadt Siegen über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) vom 05.01.1989 in der Fassung der 9. Änderungssatzung vom 29.11.2002  
hier: 10. Änderungssatzung**

Vorlagennr. 2315/2002 - Vorlage vom 16.10.2002

Herr Mues lobt die Verwaltung für die, gleichbleibende Qualität in Straßenreinigung und Winderdienst vorausgesetzt, erfreuliche Kostenentwicklung im Sinne der Bürgerinnen und Bürger der Stadt.

#### **Beschluss:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die der Vorlage als Anlage beigefügte 10. Änderungssatzung zur Satzung der Stadt Siegen über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) vom 05.01.1989 in der Fassung der 9. Änderungssatzung vom 29.11.2001.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**33. Rat 27.11.2002**

- 11. Satzung der Stadt Siegen über die Abfallbeseitigungsgebühren vom 30.12.1980 in der Fassung der 8. Änderungssatzung vom 29.11.2001  
hier: 9. Änderungssatzung**

Vorlagennr. 2316/2002 - Vorlage vom 16.10.2002

Herr Walter kritisiert das Verhalten des Kreises Siegen-Wittgenstein, der sich seines Erachtens zu wenig Gedanken über Alternativen zur Müllverbrennung in Iserlohn macht. Dringender Handlungsbedarf ist gegeben.

Herr Schiemer führt aus, dass die Kommunen an den auf Kreisebene geführten Diskussionen nicht gänzlich unbeteiligt waren. Grundsätzlich ist die Schließung von Deponien aufgrund des hohen Landschaftsverbrauches zu begrüßen. Die Müllverbrennung wird durch die derzeit bedauerlicherweise noch starren Regelungen im Abfallwirtschaftsplan aufgezwungen. Der Diskussionsprozess zur Modifizierung dieser starren Regelungen zwischen Stadt und Kreis muss in Kooperation mit Bezirks- und Landesregierung fortgeführt werden.

Herr Bertelmann zeigt auf, dass allein § 1 Abs. 3 des Landesabfallgesetzes, dessen Verfassungsmäßigkeit zweifelhaft ist, zur Beurteilung der Sachlage maßgebend ist.

Vorgaben der Landesregierung sind schuld an dem Dilemma und nicht der Kreis, so auch Herr Mues. Er stellt fest, dass die Abfallbeseitigungsgebühren aufgrund der durch die Stadt zu verantwortenden Tatbestände nicht erhöht werden müssten. Den

Gebührenpflichtigen sollte verdeutlicht werden, dass die Stadt Siegen keine Schuld an der Gebührenerhöhung trägt. Er bittet die Verwaltung, bei Fertigung der neuen Heranziehungsbescheide einen deutlichen diesbezüglichen Hinweis zu geben.

Einen solchen Hinweis erachtet Herr Kirchhöfer nicht als sinnvoll, zumal die „TA Siedlungsabfall“ eindeutige Vorgaben gibt, die keinen Handlungsspielraum lassen. Fraglich ist, ob die KAG-Voraussetzungen bei einer Veränderung der Abschreibensätze unbedenklich sind.

Die Musterklage der Gemeinde Burbach, der sich die Stadt Siegen angeschlossen hat, ist in Vorbereitung, so Herr Brune. Alle kreisangehörigen Gemeinden haben Widerspruch gegen die Gebührenbescheide des laufenden Jahres erhoben. Auch gegen die neuen Gebührenbescheide wird ein förmlicher Widerspruch eingelegt.

Frau Strunk zeigt auf, dass ein Vertreter des Kreises Siegen-Wittgenstein in der kommenden Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Landschaftspflege und Energie das derzeit in Entwicklung befindliche Konzept vorstellen wird. Die Verwaltung erarbeitet eine Vorlage zum weiteren Vorgehen. Positiv zu bewerten ist das flexible Müllabfuhrsystem, bei dem Behältergröße und Abfuhrhythmus von den Gebührenpflichtigen eigenbestimmt werden können. Vor dem Hintergrund der Kostenentwicklung müssen künftig Maßnahmen der Müllvermeidung zunehmend ins Blickfeld geraten.

Herr Bürgermeister Stötzel bedauert, dass die Zentraldeponien Fludersbach und Herzhausen noch über Jahre zu entsorgenden Restmüll hätten aufnehmen und somit die Gebührenbelastung hätten schmälern können. Unverständlich ist, dass unter Inkaufnahme eines enormen Energieaufwandes dieser Restmüll der Verbrennung zugeführt wird, obwohl alle brennbaren Stoffe zuvor anderen Entsorgungszweigen zugeleitet wurden.

Die Deponierung von Restmüll auf den bestehenden Zentraldeponien ist nicht einwandfrei, so Herr Boller. So sind dem Stand der Technik entsprechende Anforderungen, wie z. B. eine Basisabdichtung, nicht erfüllt.

### **Beschluss:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die der Vorlage als Anlage 2 beigefügte 9. Änderungssatzung zur Satzung der Stadt Siegen über die Abfallbeseitigungsgebühren vom 30.12.1980 in der Fassung der 8. Änderungssatzung vom 29.11.2001 unter dem Vorbehalt eines entsprechenden Beschlusses des Kreistages.

**Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür bei 5 Gegenstimmen und 18 Enthaltungen**

**33. Rat 27.11.2002**

- 12. Wiederherstellung des Rehbachs  
hier: Überplanmäßige Mittelbereitstellung**

Vorlagenr. 2304/2002 - Vorlage vom 11.10.2002

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Siegen genehmigt folgende Dringlichkeitsentscheidung vom 22.10.2002:

Für die Wiederherstellung des Rehbachs wird überplanmäßig ein Betrag von 128.000,00 Euro gem. § 82 GO NW bereitgestellt.

Die Abwicklung der Maßnahme erfolgt - bis zur endgültigen Klärung der versicherungsrechtlichen Fragen - vorläufig über das für die Hochwasserschäden eingerichtete Vorschusskonto. Sollte es nicht oder nur teilbetraglich zu einer Kostenübernahme kommen, wird insoweit auf die Verwaltungsvorlage Nr. 2215/2002 - Finanzierung der Auswirkungen der Starkregenfälle im Stadtgebiet - Bezug genommen.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**33. Rat 27.11.2002**

**13. Radwegbrücke An der Unterführung  
hier: Überplanmäßige Mittelbereitstellung**

Vorlagenr. 2268/2002 - Vorlage vom 22.10.2002

Herr Boller weist darauf hin, dass sich ein zur Herstellung der Zuwegung zur Brücke benötigtes Grundstück noch nicht im Besitz der Stadt befindet, wie einer Vorlage zu entnehmen ist, die seinerzeit dem Bauausschuss vorgelegt wurde. Weiterhin dient die geplante Brücke weniger als Radweg (dieser führt 100 Meter entfernt durch die Diemstraße), sondern vielmehr als Zuwegung zu den Parkplätzen der Berufsschule. Die Verwaltung sollte aufgefordert werden, unter Berücksichtigung der Überlegungen zum Busbereitstellungsplatz ein Gesamtkonzept für den Bereich hinter der Bahn vorzulegen. Seine Fraktion wird dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen.

Grunderwerb ist zum Bau der Brücke nicht erforderlich, die Zuwegung ist über vorhandene Straßen gesichert, so Herr Brune.

Herr Bürgermeister Stötzel bringt vor, dass in dem Bau der Brücke ein Lückenschluss in der Radwegführung entlang der Sieg zu sehen ist.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt:

Bei der Haushaltsstelle 1.630.9550.5 - 42 Radweg Brücke An der Unterführung, Baukosten - erfolgt die Bereitstellung überplanmäßiger Mittel in Höhe von 65.000,00 € gemäß § 82 Abs. 1 GO.

Die Deckung erfolgt durch die Nichtinanspruchnahme von Haushaltsresten bei der Haushaltsstelle 1.630.9510.6 - Sonderprogramm 2000 für den Ausbau von Stadtstraßen und Gehwegen - in entsprechender Höhe.

**Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür bei 4 Gegenstimmen und 1 Enthaltung**

**33. Rat 27.11.2002**

**14. Brücke An der Setze**  
**hier: Überplanmäßige Bereitstellung einer Verpflichtungsermächtigung**

Vorlagenr. 2285/2002 - Vorlage vom 25.10.2002

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt:

Bei der Haushaltsstelle 1.630.9533.5 - 33 Brücke an der Setze, Baukosten - erfolgt die Bereitstellung einer überplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung (VE) in Höhe von 41.000,00 € gemäß § 84 Abs. 1 GO i. V. m. § 82 Abs. 1 GO.

Die Deckung erfolgt durch die Nichtinanspruchnahme der VE bei der Haushaltsstelle 1.631.9555.0 - 85 Busdispositionssystem am ZOB, Baukosten - in entsprechender Höhe.

Der durch diese VE sowie der gegenüber der bisherigen Veranschlagung entstehende kassenmäßige Mehrbedarf in 2003 wird bei der Fortschreibung des Investitionsprogramms 2001 - 2005 haushaltsverträglich eingeplant.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**33. Rat 27.11.2002**

**15. Ausschussneubesetzungen**

**15.1. Ausschussneubesetzung  
hier: Ausschuss für Schul- und Bildungswesen**

Vorlagennr. 2338/2002 - Vorlage vom 12.11.2002

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Siegen wählt Herrn Hermann Gerhardus als stellvertretendes beratendes Mitglied in den Ausschuss für Schul- und Bildungswesen.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**33. Rat 27.11.2002**

**15.2. Ausschussneubesetzungen  
hier: Vergabeausschuss, Bezirksausschuss V - Siegen-West -, Ausschuss für Schul- und Bildungswesen und Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen**

Vorlagennr. 2366/2002 - Vorlage vom 26.11.2002

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Siegen wählt:

- a) in den Vergabeausschuss:  
Herrn Ansgar Cziba (s. B.) als stellvertretendes Mitglied
- b) in den Bezirksausschuss V - Siegen-West -:  
Frau Angela Jung (s. B.) als stellvertretendes Mitglied
- c) in den Ausschuss für Schul- und Bildungswesen:  
Herrn Georg Sallen (s. B.) als ordentliches Mitglied
- d) in den Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen:  
Frau Dorothea Schleifenbaum (Stv) als ordentliches Mitglied

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**33. Rat 27.11.2002**